

Beschluss

Sofortige Unterstützung für Schutzsuchende in Bosnien-Herzegowina!

Antragsteller*in: Hanna Große Holtrup, Gerrit Alino Prange (KV Potsdam)
Tagesordnungspunkt: TOP 3.4 Weitere Anträge

Antragstext

1118 Nach dem Brand im Camp Lipa in Bosnien-Herzegowina sind mindestens 1.500
1119 Menschen obdachlos, ohne Zugang zu Wasser, Nahrungs- und Lebensmitteln und
1120 Medikamenten. Sie müssen hilflos in den bosnischen Wäldern und in Ruinen Schutz
1121 vor der Kälte suchen. Nach dem Brand im Camp Moria auf Lesbos zeigt diese
1122 weitere vermeidbare Katastrophe die fahrlässige Politik der EU-Kommission und
1123 deutschen Bundesregierung. Die Lage an den EU-Außengrenzen ist nach wie vor
1124 erschreckend und auch nach der EU-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik
1125 Deutschland von Juni 2020 bis Dezember 2020, hat sich daran, entgegen dem
1126 Versprechen, nichts geändert.

1127 Statt die EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen und nach den unzähligen Appellen von
1128 Hilfsorganisationen insbesondere die Lager Kara Tepe und Lipa winterfest zu
1129 machen und den über 200 aufnahmebereiten Städten, Kommunen und Landkreisen in
1130 Deutschland (davon bisher erst 8 in Brandenburg) die Evakuierung der
1131 notleidenden Menschen zu ermöglichen, setzt die Bundesregierung weiterhin auf
1132 Abschottung, Abschreckung und deckt illegale Push-Backs. Es ist bewiesen, dass
1133 das Bundesinnenministerium um Chef Horst Seehofer mindestens über einen
1134 mutmaßlichen Push-Back der griechischen Küstenwache auf dem Mittelmeer
1135 informiert wurde, bei dem 40 Geflüchtete in die türkischen Gewässer
1136 zurückgedrängt worden sind. Ebenso sind weitere Push-Backs in Albanien, Kroatien
1137 und Nordmazedonien bekannt. An den Push-Backs in Griechenland waren auch
1138 deutsche Grenzpolizist*innen beteiligt. Selbst das Europäische Amt für
1139 Betrugsbekämpfung OLAF (Office Européen de Lutte Anti-Fraude) ermittelt
1140 mittlerweile gegen FRONTEX wegen illegaler Push-Backs und dessen Fehlverhalten.
1141 FRONTEX-Chef Fabrice Leggeri soll aktiv verhindert haben, dass 40 Personen zur
1142 Menschenrechtsbeobachtung rechtzeitig eingestellt wurden. Ebenso soll er
1143 wiederholt Berichte über Push-Backs intern als auch extern nicht verbreitet
1144 haben. Dies wird dem Anspruch der EU als Gemeinschaft, die konsequent für
1145 Menschenrechte eintritt, nicht gerecht. Anstatt konsequent für Menschenrechte
1146 einzutreten, wird versucht die menschenunwürdige Grenzpolitik mithilfe
1147 größtmöglicher Intransparenz durchzusetzen.

1148 **Wir als GRÜNE JUGEND Brandenburg:**

1149 Setzen uns dafür ein, dass illegale Push-Backs von FRONTEX und der beteiligten
1150 Polizei aus EU-Ländern lückenlos und transparent aufgeklärt werden und das
1151 Menschenrechte zu garantieren sind. Die Bundesrepublik muss sich in der EU dafür
1152 einsetzen, dass die Praxis der Push-Backs sofort beendet wird.

1153 Setzen uns dafür ein, die Aufmerksamkeit der Bundestagswahl dafür zu nutzen, die
1154 Missstände an den EU-Außengrenzen zu thematisieren und sichtbar zu machen.

1155 Setzen uns dafür ein, dass die Blockade der zahlreichen Hilfsangebote von
1156 Städten, Kommunen und Bundesländern endgültig beendet wird. Wir sprechen uns für
1157 eine schnelle und unbürokratische Aufnahme notleidender Menschen aus allen
1158 Geflüchtetenlagern an den EU-Außengrenzen aus.

1159
1160 Setzen uns dafür ein, dass noch mehr kreisfreie Städte, Kommunen und Landkreise
1161 in Brandenburg sich der Bewegung SEEBRÜCKE anschließen und zum "Sicheren Hafen"
1162 werden. Vereinzelt haben diese Bereitschaftserklärungen schon Wirkung gezeigt.
1163 Doch das reicht noch lange nicht. Von Brandenburg soll noch geschlossener die
1164 deutliche Forderung an die Bundesregierung ausgehen, endlich zu handeln. Wir
1165 haben Platz!

1166 Setzen uns dafür ein, dass allen Menschen welche in der EU Schutz suchen, ein
1167 faires Asylverfahren ermöglicht und eine Verweigerung durch Mitgliedsstaaten
1168 scharf sanktioniert wird.

Begründung

Wir stehen als GRÜNE JUGEND Brandenburg in der Pflicht die Situation an den EU-Außengrenzen stets im Blick zu behalten und den Druck für die Wahrung der Menschenrechte aufrechtzuerhalten.

Die Lage ist an mehreren Stellen unerträglich, jedoch möchten wir in diesem Antrag die Aufmerksamkeit auf die sog. Balkanroute lenken.

Die Situation vor Ort ist eskaliert und hat einen neuen Tiefpunkt erreicht. Wir dürfen uns an diesen Zustand nicht gewöhnen!

Zu den Pushbacks: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/frontex-skandal-deutsche-bundespolizisten-in-illegalen-pushback-in-der-aegaeis-verwickelt-a-d4e45196-a5b2-43a5-9050-72885b349996>

Zur Situation in Lipa: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1147423.lipa-in-bosnien-wenn-die-baeume-wieder-bluehen.html?sstr=lipa>